

Matthias Hauer

Ihr Abgeordneter für den Essener Süden und Westen

Newsletter ... 13/15

13.11.2015



Großer Zapfenstreich anlässlich des Jubiläums „60 Jahre Bundeswehr“ am 11. November 2015 auf dem Platz der Republik vor dem Reichstagsgebäude © Deutscher Bundestag/ Achim Melde

60 Jahre Bundeswehr

Mit einem Großen Zapfenstreich hat die Bundeswehr am Vorabend ihres Jubiläums vor dem Reichstagsgebäude ihr 60-jähriges Bestehen gefeiert. Am 12. November 1955 wurde sie gegründet. Die Bundesministerin der Verteidigung, Dr. Ursula von der Leyen (CDU), und Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert (CDU) hielten die Festreden. Auch Bundespräsident Joachim Gauck war unter den Gästen. Der Große Zapfenstreich ist die höchste Form der militärischen Ehrenbezeugung, die nur zu besonderen Anlässen aufgeführt wird.

„Wir feiern heute den 60. Geburtstag der Bundeswehr vor dem Deutschen Bundestag, dem Sitz unserer Volksvertretung, dem Herzstück unserer parlamentarischen Demokratie“, sagte die Verteidigungsministerin. „An keinem anderen Ort wird die Verbindung zwischen unserem Parlament und seiner Armee greifbarer als hier.“ Es kommt nur zu einem bewaffneten Einsatz der Bundeswehr, wenn zuvor die Volksvertreter ein Mandat erteilt haben; daher gilt die Bundeswehr als „Parlamentsarmee“.

Der Bundestagspräsident betonte, die Bundeswehr sei eine Armee aus „Staatsbürgern in Uniform“, die ihren Dienst nach dem Leitbild der inneren Führung leisten. Lammert erinnerte ebenfalls an die 3.200 militärischen und zivilen Angehörigen der Streitkräfte, die seit Gründung der Bundeswehr bei der Ausübung ihrer Pflicht gestorben sind: „Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.“

„In den vergangenen 60 Jahren hat die Bundeswehr einen wichtigen Beitrag zur Sicherheit und Stabilität unseres Landes und Europas geleistet – unter unterschiedlichen geopolitischen Vorzeichen und stets in enger Zusammenarbeit mit unseren Verbündeten“, sagt Matthias Hauer MdB. „Ich danke herzlich allen Angehörigen und Veteranen der Bundeswehr für ihr Engagement und ihren Einsatz für unsere Sicherheit.“

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Essenerinnen und Essener!

Essen ist im Juni 2015 von einer internationalen Jury zur „Grünen Hauptstadt Europas 2017“ gewählt worden. In den kommenden Monaten wird die Stadt nun ein attraktives Programm für das Grüne-Hauptstadt-Jahr 2017 aufstellen. Grundlage aller Aktivitäten ist es, die Lebensbedingungen in Essen langfristig zu verbessern. Gemeinsam mit anderen Essener Abgeordneten und auch der Essener Stadtspitze habe ich mich für eine Bundesförderung für Essen als „Grüner Hauptstadt Europas 2017“ stark gemacht.

In dieser Woche hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages nun eine Million Euro bereitgestellt. Diese Förderung betrifft erst einmal das Haushaltsjahr 2016. Im Grüne-Hauptstadt-Jahr-2017 sollte der Bund weitere Gelder zur Verfügung stellen – auch dafür werde ich mich in Berlin einsetzen.

Die Essener Ziele der zwölf Themenfelder – von Abfallerzeugung bis Wasserbewirtschaftung – und weitere Informationen rund um Essen als „Grüne Hauptstadt Europas 2017“ können Sie unter gruene-hauptstadt.essen.de abrufen.

Ihr

Matthias Hauer MdB

CDU



Berlin



Das Zahlungskontengesetz wird voraussichtlich Ende Januar 2016 das erste Mal im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages beraten. © Deutscher Bundestag/Thomas Imo

Im Finanzausschuss: Basiskonto für alle

Am 28. Oktober 2015 hat das Bundeskabinett den Entwurf des Zahlungskontengesetzes beschlossen. Mit dem Gesetzentwurf soll die EU-Zahlungskontenrichtlinie in deutsches Recht umgesetzt werden. Kernstück ist das Recht auf den Zugang zu einem Zahlungskonto mit grundlegenden Funktionen – dem sogenannten Basiskonto. Damit will die Politik der Situation entgegenwirken, dass viele Menschen in der Europäischen Union – auch in Deutschland – kein Bankkonto besitzen. Für die Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben ist ein Konto jedoch unerlässlich. Viele Menschen in finanziellen Notsituationen können mangels Bankkonto nur unter erschwerten Bedingungen oder überhaupt nicht am Zahlungsverkehr teilnehmen. Das Basiskonto soll deswegen alle Funktionen umfassen, die für die Teilhabe am modernen Zahlungsverkehr notwendig sind, wie Bareinzahlungen, Barauszahlungen, Überweisungen, Lastschriften und Kartenzahlungen. Zusätzlich soll mit dem Gesetz die Transparenz von Kontoentgelten verbessert und der Wechsel zwischen Zahlungskonten vereinfacht werden. Das Inkrafttreten des Zahlungskontengesetzes ist für Anfang 2016 geplant.

Kommunalentlastung

Geld vom Bund für Kommunen

Der Bund hält Wort und hat seine Unterstützung der Kommunen im laufenden Jahr kontinuierlich fortgesetzt. Insgesamt profitieren die Kommunen in Deutschland allein 2015 von Bundesleistungen in Höhe von über 24 Milliarden Euro. Dazu gehören u.a. Entlastungen in den Bereichen Soziales und frühkindliche Bildung sowie investive Mittel im Bereich Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.

56,1 Millionen Euro für Essen

Im Vorgriff auf die Unterstützung bei der Eingliederungshilfe entlastet der Bund die Kommunen in diesem und im nächsten Jahr zusätzlich um jeweils eine Milliarde Euro und 2017 um 2,5 Milliarden Euro. Für Essen sind das 12,8 Millionen Euro zusätzlich jeweils in den Jahren 2015 und 2016 sowie 30,5 Millionen Euro mehr im Jahr 2017. Insgesamt unterstützt der Bund die Stadt Essen damit in den Jahren 2015 bis 2017 allein mit dieser Maßnahme mit 56,1 Millionen Euro.

Flüchtlinge und Asylbewerber

Mit dem Nachtragshaushalt 2015 hat der Bund zudem für 2015 eine Milliarde Euro mehr für die Kommunen bereit gestellt – zusätzlich zu der bereits erfolgten Unterstützung von einer Milliarde. Für Essen sind das 6,5 Millionen Euro mehr.



Matthias Hauer MdB unterschreibt im Kondolenzbuch für Helmut Schmidt am Ostportal des Reichstagsgebäudes.

Zum Tod von Helmut Schmidt

Der Deutsche Bundestag trauert um Altbundeskanzler Helmut Schmidt, der am 10. November 2015 verstorben ist. Auch Matthias Hauer MdB hat sich in das Kondolenzbuch eingetragen, in dem viele Abgeordnete über alle Parteigrenzen hinweg ihre Trauer und Anteilnahme zum Ausdruck bringen. Die traurige Nachricht erreichte Matthias Hauer in der Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die spontan eine Schweigeminute zum Gedenken an den Altbundeskanzler einlegte. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel würdigte seinen Einsatz für unser Land in ihrer Ansprache. „Helmut Schmidt hat die Bundesrepublik mitgeprägt, nicht nur als Minister und Bundeskanzler, sondern auch als wichtiger Impuls- und Ratgeber in den Jahren nach seiner Kanzlerschaft“, so Matthias Hauer.

Berlin

Abstimmung im Bundestag: Geschäft mit Sterbehilfe verboten

Am 6. November hat der Deutsche Bundestag eine Neuregelung zur Sterbehilfe beschlossen. Die organisierte geschäftsmäßige Hilfe bei der Selbsttötung wird zukünftig unter Strafe gestellt. Den Abgeordneten lagen vier Gesetzentwürfe vor, die von einem kompletten Verbot der Suizidbeihilfe bis zu einer ausdrücklichen Erlaubnis für Ärzte und Organisationen reichen. 360 von 602 abgegebenen Stimmen entfielen auf den Gruppenantrag um Michael Brand (CDU) und Kerstin Griese (SPD), der ein Verbot geschäftsmäßiger Sterbehilfe vorsieht. Matthias Hauer MdB hat diesen Gruppenantrag mitunterzeichnet und begründet seine Entscheidung wie folgt:

„Die Entscheidung, wie wir mit schwachen und unheilbar kranken Menschen am Ende des Lebens umgehen, prägt unsere Gesellschaft und ist eine Gewissensentscheidung, bei der gerade auch unterschiedliche persönliche Erfahrungen der Abgeordneten eine wichtige Rolle spielen. Ich respektiere daher die Entscheidung jedes einzelnen Abgeordneten, von denen es sich keiner leicht gemacht hat.

Ich selbst habe den Gesetzentwurf der Abgeordneten Michael Brand, Kerstin Griese und weiterer Abgeordneter mitunterzeichnet, der die geschäftsmäßige Förderung der Selbsttötung zum Straftatbestand macht und gleichzeitig die Kriminalisierung von Ärzten, Angehörigen und nahestehenden Personen ausschließt. Damit wird zum Beispiel Sterbehilfevereinen, die aus der Selbsttötung eines Menschen finanzielle Vorteile ziehen, das Handwerk gelegt. Ein Geschäft mit dem Tod darf es nicht geben. Es darf auch keine „normale Dienstleistung“ sein, Beihilfe zur Selbsttötung zu leisten. Niemand soll dazu verleitet werden, eine Selbsttötung vorzunehmen – sei es aus Angst, Angehörigen zur Last zu fallen, oder aus Scham wegen körperlicher Beeinträchtigungen. Strafrechtlich verboten bleibt weiterhin auch die Tötung auf Verlangen.

Der Gesetzentwurf Brand/Griese kriminalisiert ausdrücklich nicht die Suizidhilfe, die im Einzelfall durch Angehörige, nahestehende Personen oder Ärzte geleistet wird. Die Hilfeleistung zum eigenständig durchgeführten, freiverantwortlichen Suizid bleibt in diesen Fällen zurecht straffrei. Wer aus persönlicher Verbundenheit in einer tragischen Ausnahmesituation Suizidhilfe leistet, soll sich nicht strafbar machen.

Viele Menschen haben Angst, unter großen Schmerzen zu leiden oder am Lebensende nicht ausreichend versorgt zu sein. Die Lösung sollte nicht die Selbsttötung sein, sondern der Ausbau der Hospiz- und Palliativmedizin – diesen Ausbau haben wir ebenfalls im Deutschen Bundestag beschlossen. In scheinbar ausweglosen Situationen brauchen die Betroffenen und ihre Angehörigen Ansprechpartner, die ihnen zur Seite stehen und ihnen zeigen, dass es bis zuletzt ein Leben in Menschenwürde geben kann.“

Verbesserung der Palliativ- und Hospizversorgung

Der Deutsche Bundestag hat am 5. November ein Gesetz zum Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung in Deutschland verabschiedet. Mit dem Gesetz werden häusliche Hospizdienste besser ausgestattet, Pflegeeinrichtungen verpflichtet, mit Palliativeinrichtungen zu kooperieren, und die Zusammenarbeit von Krankenhäusern mit Palliativteams verbessert. Für die Schmerztherapie und menschliche Begleitung am Lebensende wird mehr Geld zur Verfügung gestellt. Ziel ist es außerdem, ein möglichst flächendeckendes Angebot aufzubauen. „Wir wollen den Menschen ein Stück weit die Angst nehmen, am Lebensende unnötige Schmerzen zu erleiden“, sagt Matthias Hauer. Im Moment stirbt jeder Zweite in Deutschland im Krankenhaus und jeder Dritte im Pflegeheim. „Mit der vorliegenden Gesetzgebung möchten wir es mehr Menschen ermöglichen, am Lebensende zu Hause ambulant begleitet zu werden.“

Essener Verwaltungsvorstand in Berlin

Am 10. November hat Oberbürgermeister Thomas Kufen gemeinsam mit seinem Verwaltungsvorstand alle Essener Bundestagsabgeordneten zu einem Gespräch in Berlin eingeladen. Matthias Hauer MdB folgte der Einladung gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen Astrid Timmermann-Fechter (CDU), Jutta Eckenbach (CDU), Arno Klare (SPD) und Kai Gehring (Grüne). Zentrale Themen des Gesprächs waren die aktuelle Flüchtlingssituation sowie eine mögliche finanzielle Unterstützung für Essen als „Grüne Hauptstadt Europas 2017“ durch den Bund. „Es war eine sehr gute Initiative des neuen Oberbürgermeisters, parteiübergreifend alle Bundestagsabgeordneten einzuladen, um für Essen gemeinsam mehr durchsetzen zu können“, kommentierte Matthias Hauer das Treffen. Alle waren sich einig, ein solches Treffen zu wiederholen.



Fünf Essener Bundestagsabgeordnete mit Oberbürgermeister Thomas Kufen (Mitte) und dem Verwaltungsvorstand der Stadt Essen in Berlin

Essen

66. Essener Lichtwochen – Gastland Spanien

Zum Start der 66. Essener Lichtwochen unter dem Motto „Europa in Essen – Gastland Spanien“ am 25. Oktober haben sich Vertreter des Gastlandes ins Stahlbuch der Stadt Essen eingetragen. Noch bis zum 6. Januar wird die Essener Innenstadt mit Themenbildern zu Kunst, Kultur und Bräuchen des beliebten Urlaubslandes illuminiert sein. Die Essen Marketing GmbH (EMG) setzt damit die seit 2001 bestehende Reihe „Europa in Essen“ fort und will den Kulturhauptstadtgedanken weiterführen. San Sebastián in Spanien darf im kommenden Jahr den Titel „Kulturhauptstadt Europas“ tragen – ebenso wie die Stadt Essen stellvertretend für die Metropole Ruhr im Jahr 2010.



Medienkompetenztraining an Essener Schulen

Der Umgang mit persönlichen Daten auf Facebook, Kommunikation mit WhatsApp, Bilder auf Instagram – ohne Medienkompetenz kommt man in der heutigen Zeit nicht sehr weit. Am 19. und 20. Oktober hatte Matthias Hauer MdB deshalb die Medienkompetenz-Initiative „erlebe IT“ des Branchenverbandes Bitkom nach Essen geholt. An der Gesamtschule Holsterhausen sowie der Realschule Kettwig konnten Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen 7, 8 und 9 in mehreren Workshops viel über Soziale Netzwerke, Privatsphäre-Einstellungen, die Geschäftskonzepte hinter den Netzwerken, App-Berechtigungen und Cybermobbing erfahren. An der Gesamtschule Holsterhausen wurde zudem ein spezieller Workshop für interessierte Eltern, Lehrerinnen und Lehrer durchgeführt.

Reformationstag: Informationen für Bürger

Mit Luther-Bonbons und Informationen über Reformation und Lutherdekade war Matthias Hauer MdB einen Tag vor dem Reformationstag mit dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU Essen in der Innenstadt präsent und informierte Bürgerinnen und Bürger. Am 31. Oktober besuchte der Essener Bundestagsabgeordnete zudem die Essener Reformationsfeier in der Erlöserkirche. Der Gottesdienst fand unter der liturgischen Leitung von Superintendentin Marion Greve, Assessorin Erika Meier und Skriba Heiner Mausehund statt. Die Kollekte kam dem Verein „Medica Mondiale“ zugute, der sich für traumatisierte Frauen und Mädchen in Kriegs- und Krisengebieten einsetzt.



Mitarbeiter der Ruhrgebietsabgeordneten aus Berlin zu Besuch in Essen



Berlin zu Gast in Essen: Die Berliner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der CDU-Bundestagsabgeordneten aus dem Ruhrgebiet waren am 22. Oktober in Essen zu Besuch. Matthias Hauer MdB begrüßte die Berliner Gruppe im ThyssenKrupp Quartier zu einem Gespräch über die Entwicklung des Unternehmens vom „stählernen Ruhrkonzern zum Global Player“. Außerdem standen u.a. ein Gespräch mit dem Generalsekretär der CDU NRW, Bodo Löttgen, und ein Besuch der Zeche Zollverein mit Jutta Eckenbach MdB auf dem Programm.

Essen



Bürgersprechstunde in der Messe Essen

Auch in diesem Jahr wird Matthias Hauer MdB wieder am Infostand des Deutschen Bundestages auf der Messe „Mode Heim Handwerk“ Rede und Antwort stehen. **Am 14. und 15. November können sich interessierte Bürgerinnen und Bürger jeweils von 16:00 bis 17:30 Uhr (Messe Essen, Halle 2, Stand 2B 15) mit dem Essener Bundestagsabgeordneten austauschen** und mehr über seine Arbeit in Essen und im Deutschen Bundestag erfahren. Neben dem persönlichen Gespräch mit dem örtlichen Abgeordneten bietet der Messestand des Deutschen Bundestages während der Öffnungszeiten der Messe auch Informationen über die Aufgaben und Arbeitsweise des Parlaments.

Besuch bei Initiative für krebserkrankte Kinder

Am 19. Oktober war Matthias Hauer MdB gemeinsam mit der CDU-Ortsvorsitzenden Brigitte Harti bei der Essener Elterninitiative zur Unterstützung krebserkrankter Kinder e.V. in Holsterhausen zu Gast. Peter Hennig (1. Vorsitzender) und Margot Wiczorek vom Verein zeigten ihren Gästen beide Häuser und berichteten von ihrer Arbeit. „Die tolle Arbeit, die neun Hauptamtliche und zahlreiche Ehrenamtliche leisten, wäre ohne Spenden nicht denkbar!“, kommentierte Matthias Hauer den Besuch und rief auf seiner Facebook-Seite zu Spenden für die Initiative auf. Im Sommer hatte der Essener Bundestagsabgeordnete gemeinsam mit engagierten Menschen auf dem Markt auf der Margarethenhöhe gekocht – der Erlös aus dem Verkauf der Gerichte kam der Elterninitiative zu Gute.



Bergerhausen: Zweisprachige Kita eröffnet

Nach einjähriger Bauzeit ist am 23. Oktober die städtische deutsch-englische Kindertagesstätte „Diemelstraße“ in Bergerhausen offiziell durch Oberbürgermeister Thomas Kufen übergeben worden. Seit dem 1. September werden dort drei Kindergruppen betreut. Die Kinder sangen vor den Eltern, Mitarbeiterinnen und Gästen ein englisch- und ein deutschsprachiges Lied. „Ich wünsche den Mitarbeiterinnen und den Kindern einen guten Start in der neuen Einrichtung“, sagte Matthias Hauer MdB. „Zweisprachig aufzuwachsen ist von großem Vorteil. Mit guten Englischkenntnissen können sich die Kinder die Welt später besser erschließen, mit Menschen aus verschiedenen Ländern kommunizieren und international arbeiten.“

Längere Öffnungszeiten auf dem Wochenmarkt auf der Margarethenhöhe



Ein Jahr längere Öffnungszeiten des Wochenmarktes auf der Margarethenhöhe – das wurde am 21. Oktober mit Musik und Aktionen gefeiert. Nach einer Rede von Oberbürgermeister Thomas Kufen tauschten sich Matthias Hauer MdB, Ratsherr Siegfried Brandenburg sowie Brigitte Harti, Nora von der Gathen, Marcus von der Gathen und Lothar Föhse von der CDU im Stadtbezirk West vor Ort mit den Markthändlern und Marktbesuchern aus.

Kontakt



Büro Berlin

Deutscher Bundestag
Matthias Hauer MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030 227 75169

Fax: 030 227 76169

Unterstützen mich in Berlin: Dirk Stahns,
Elena Zettelmeyer, Katrin Arnholz (v.l.)



Büro Essen

Matthias Hauer MdB
Blücherstr. 1
45141 Essen

Tel.: 0201 545 46100

Fax: 0201 545 46101

Unterstützen mich in Essen: Constantin Hesselmann, Daniela Rittkowski, Marie Kohls (v.l.) sowie Nils Sotmann

E-Mail: matthias.hauer@bundestag.de

Facebook: facebook.com/matthiashauer.cdu

Twitter: twitter.com/MatthiasHauer

